Nr. 35. + 23. Jahrgang

Berlin, 28. August 1915

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: J. V. Fritz Tarnow, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Unser wirtschaftliches Interesse am deutschen Siege.

Der Ausbruch des Krieges drängte die organisierte Arbeiterschaft in eine ungewohnte Situation. Es war etwa so, als ob ein Mieter mit seinem Hauswirt in tödlicher Feindschaft lebt und plötzlich im Hause die Brandflammen hochschlagen. Beider Hab und Gut steht in Gefahr, vernichtet zu werden. Da ergibt sich ganz von selbst für den Augenblick eine Solidarität der Interessen, die stärker ist als alle sonstige Gegensätzlichkeit, und die sie Hand in Hand an das Rettungswerk eilen läßt. Was natürlich nicht ausschließt, daß nach abgewandter Gefahr der alte Prozeß zu Ende geführt wird.

So stand die Arbeiterschaft beim Kriegsausbruch mit der Regierung und der Klasse der Besitzenden. Wir hatten an unserm Vaterlande sehr viel auszusetzen, so daß dieses schöne Wort im Sprachgebrauch der Arbeiter kaum noch ohne Gänsefüßchen denkbar war. Der „Vater Staat" war uns meist ein liebloser Rabenvater gewesen. Er hatte uns die politische Gleichberechtigung versagt, hatte unsere wirtschaftliche Ausbeutung nicht nur geduldet, sondern begünstigt, indem er den Arbeiterorganisationen fortgesetzt Knüppel zwischen die Beine warf, uns den Arm festhielt, der sich in Selbsthilfe zur Abwehr erhob. Noch bis kurz vor dem Kriege mußten die Gewerkschaften eine weitere Verschlechterung des Koalitionsrechtes befürchten; ganz ungeniert wurde der Plan einer neuen Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterbewegung diskutiert. Es schien in der Tat eine starke Zumutung zu sein, für dieses Vaterland die Haut zu Markte zu tragen, für die Interessen der wirtschaftlichen Ausbeuter und politischen Bedrücker in den Krieg ziehen zu sollen.

Aber es wäre doch eine gedankenlose Kurzsichtigkeit, die Dinge nur von dieser Seite ansehen zu wollen. Daß es sich bei diesem Kriege um Dinge dreht, die tief in das wirtschaftliche und kulturelle Interessengebiet der Arbeiter einschneiden, das wird sofort klar, wenn wir uns die Ursachen und Ziele des Krieges klarmachen. Man muß sich dabei allerdings von der kindlichen Auffassung freimachen, als ob die Schlechtigkeit oder Unfähigkeit dieser oder jener Staatenlenker das ungeheuerliche Blutbad verursacht habe. Solchen persönlichen Einflüssen mag man eine mittelbare Schuld beimessen, aber darüber kann es keinen Zweifel geben, daß die eigentlichen Ursachen des Krieges die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Staaten sind. Und demgemäß sind auch die Kriegsziele wirtschaftlicher Art.

Der weltwirtschaftliche „Kampf um die Futterkrippe" ist der wahre Schuldige bei diesem unerhörten Völkergemetzel. Die aufgeklärte Arbeiterschaft hat seit Jahren die Katastrophe heraufziehen sehen und hat sich deshalb leidenschaftlich gegen die gewalttätigen Formen erklärt, mit denen heute die Konkurrenz auf dem Weltmarkt gegeneinander arbeitet. Wenn der gute Wille dazu auf allen Seiten vorhanden wäre, dann würde sich der wirtschaftliche Wettbewerb der Völker ebensogut und noch besser ohne Blutopfer entwickeln können. Aber selbstverständlich kann es uns nicht einfallen, die Erweiterung der weltwirtschaftlichen Beziehungen an sich zu bekämpfen. Wir wissen, daß diese durchaus notwendig ist, und ganz besonders für die deutsche Volkswirtschaft, mit derem Gedeihen unsere eigenen Interessen aufs innigste verknüpft sind.

Auf dem heutigen Gebiet des Deutschen Reiches lebten im Jahre 1830 erst 29 Millionen Menschen gegen rund 70 Millionen beim Kriegsausbruch. Ohne das Aufblühen von Industrie und Handel auf Grund der erweiterten Weltwirtschaft hätte der riesige Bevölkerungsüberschuß im eigenen Lande weder Nahrung noch Existenz finden können. Die Ausfuhr an deutschen Waren stieg allein in der Zeit von 1889 bis 1913 von 3256,4 auf 10 096,5 Millionen Mark. In diesen Ausfuhrwaren steckt eine gewaltige Summe an Arbeitslöhnen, und wenn diese Summe auch nur beschränkt würde, so müßte das zu unheilvollen Folgen für die deutschen Arbeiter führen. Wenn auch unsere Holzindustrie im Rahmen der gesamten Ausfuhr keine hervorragende Rolle spielt, so sind doch die Ausfuhrmengen auch hier groß genug, um unser unmittelbares Interesse deutlich erkennen zu können. Nach der Handelsstatistik betrug der

Wert der deutschen Ausfuhr im Jahre 1913:		
Besen, Bürsten, Pinsel und Siebwaren	10 386 000	Mk.
Möbel und feine Holzwaren	17 931 000	„
Grobe Holzwaren	26 554 000	„
Feine Korbflechtwaren	4 545 000	„
Gold- und andere feine Holzleisten	6 378 000	„
Klaviere und Zubehörteile	52 842 000	„
Geigen und Teile davon	4 218 000	„
Harmonikas	13 775 000	„
Korkstopfen	1 279 000	„
Chirurgische Instrumente	8 581 000	„
Kinderspielzeug usw.	103 [illegible] 000	„

Wenn wir uns diese Zahlen ansehen, um nur bei der Holzindustrie zu bleiben, dann leuchtet ohne weiteres ein, daß die weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht nur eine Angelegenheit der Kapitalisten, sondern ganz wesentlich auch eine solche der Arbeiter sind. Einzelne unserer Industriezweige, wie die der Musikinstrumentenfabrikation, der Bürsten- und Pinselmacherei, der Spielwarenfabrikation, der Vergolderei u. a. hängen so wesentlich von der Ausfuhr ab, daß deren Niedergang notwendigerweise das ganze Gewerbe mit in die Tiefe reißen muß. Eine große und dauernde Arbeitslosigkeit wäre die Folge. Diese wiederum würde einen Niedergang der Arbeitsverhältnisse nach sich ziehen. Kraftlosigkeit und Rückgang der gewerkschaftlichen Organisation wären weitere Begleiterscheinungen.

Es kann nach alledem keinen aufgeklärten deutschen Arbeiter geben, der nicht mit uns die Pflicht anerkennen würde, etwaige Angriffe gegen das deutsche Wirtschaftsleben abwehren zu helfen. Umstritten ist nur die Frage, ob in der Tat eine solche Bedrohung vorliegt. Wir sehen, daß die Staatsmänner in jedem der kriegführenden Länder gerade ihren Staat als den Angegriffenen, den Gegner als den Angreifer hinstellen. Das ist begreiflich, denn zum Kriegführen ist der Glaube der Völker an die Gerechtigkeit ihrer Sache ein sehr notwendiges Requisit. Wenn wir für die Annahme, daß wir die Angegriffenen waren, keine andern Beweise hätten, als die Beteurungen der deutschen Staatsmänner, so wäre das allerdings nicht gerade durchschlagend. Unsere Auffassung stützt sich denn auch nicht auf die amtlichen Erklärungen, sondern auf andere Tatsachen und Argumente.

Der glänzende wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands verdunkelte naturgemäß den Glanz der übrigen Weltmächte, deren Gegnerschaft zu Deutschland an Schärfe zunahm, je mehr dieses sich auf dem Weltmarkt breitmachte. Ganz besonders unangenehm mußte England, die einstige „Werkstätte der Welt", den wirtschaftlichen Siebenmeilenschritt Deutschlands empfinden. Gerade von dieser Seite hat es schon im Rahmen des friedlichen Wettbewerbes nicht an Schikanen gefehlt, um den Vormarsch Deutschlands zu hindern. Gefruchtet hat das nichts. Die deutsche Industrie vergrößerte fortgesetzt ihren Vorsprung, dank ihrer glänzenden Organisation und der bahnbrechenden deutschen Wissenschaft, dank aber auch der Intelligenz der deutschen Arbeiter. Alles sprach dafür, daß der Vorsprung Deutschlands im wirtschaftlichen Wettrennen der Völker bei einer nicht gewaltsam gestörten Entwicklung nicht kleiner, sondern nur noch größer werden würde. Warum sollte gerade die deutsche Regierung auf den Gedanken gekommen sein, diese für sie so zweifellos günstige friedliche Entwicklung durch einen Krieg zu stören?

Sehr nahe liegt aber der Gedanke, daß die andern Staaten, besonders England, schließlich in der Entfesselung eines Krieges das einzige Mittel sahen, sich der unbequemen Konkurrenz zu entledigen. In England ist dieser Gedanke seit Jahren ganz offen und ungeniert erörtert worden. Beispielsweise schrieb die angesehene Saturday Review am 11. September 1897 ganz nüchtern und geschäftsmäßig:

> „Wenn Deutschland morgen ausgelöscht wäre, so würde es übermorgen keinen Engländer in der Welt geben, der nicht um soviel reicher wäre. Nationen haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbrecht gefochten, müssen sie nicht fechten für einen Handelswert von 200 Millionen Pfund?"

Man mag über die Frivolität, die in solchen Aeußerungen liegt, entrüstet sein, aber die Logik ist ihnen vom englischen Standpunkt aus nicht abzusprechen. Schwerer noch als solche immerhin private Stimmen wiegt die Tatsache, daß die englische Regierung bekanntermaßen von langer Hand eine „Einkreisung" Deutschlands vorbereitet und durchgeführt hat. Daß die deutsche Regierung keine Gespenster sah, wenn sie diese Bemühungen als einen gefährlichen Angriff auf ihre Stellung, einen gemeingefährlichen Angriff auch auf den europäischen Frieden ansah, das wird durch die in den belgischen Archiven aufgefundenen Aktenstücke schlagend bestätigt. Die belgischen Gesandten in Berlin, Paris und London bekunden übereinstimmend den Angriffscharakter der englischen Politik. So berichtet Baron Greindl, der belgische Gesandte in Berlin, an seine Regierung:

> „Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie. (5. Februar 1905.)"
>
> „Der Dreibund hat während 30 Jahre den Weltfrieden gesichert, weil er unter Führung Deutschlands stand, das mit der politischen Gliederung Europas zufrieden war. Die neue Gruppierung bedroht ihn, weil sie aus Mächten besteht, die eine Revision des Status quo anstreben. (30. Mai 1909.)"

Diese Zeugnisse, in Verbindung mit den angeführten Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung, dürften ausreichen, die Verteidigungsstellung Deutschlands überzeugend nachzuweisen. Aus ihnen geht aber auch hervor, welches die Kriegsziele der Gegner sind, und welches Schicksal uns erwartet, wenn Deutschland unterliegt. Selbst wenn der Krieg nicht ausgesprochenermaßen zu dem Zweck entfesselt worden wäre, das deutsche Wirtschaftsleben einzuengen, so würden sich doch zweifellos die siegreichen Gegner die Gelegenheit nicht entgehen lassen, dem unbequemen Konkurrenten die Flügel so zu beschneiden, daß er ihnen nicht mehr gefährlich werden könnte. Ob das nun geschehen würde durch die Annexion wichtiger Industriebezirke, die ja hart an unsern Ost- und Westgrenzen liegen, oder durch Aufoktroyierung ungünstiger Handelsverträge oder durch Auferlegung einer solch hohen Kriegsentschädigung, daß wir darunter ersticken müßten, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls würden wir die Faust des Siegers nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich am Nacken fühlen.

Wir wollen in diesem Zusammenhang ganz absehen von den kulturellen und nationalen Interessen, die die deutschen Arbeiter an der ungeschmälerten Erhaltung unseres Landes, der gesicherten Existenz unserer Nation haben. Die auf dem Spiele stehenden wirtschaftlichen Interessen, die uns als Gewerkschaftler ja besonders naheliegen, reichen schon vollkommen aus, um uns anzufeuern, mit Herz und Hand für den Sieg der deutschen Sache einzutreten.

Zur Hygiene im Schreinergewerbe.

Unter diesem Titel ist in der „Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege" und als Sonderabdruck*) eine eingehende Arbeit erschienen, die den bekannten und verdienstvollen Nürnberger Arzt Dr. Sigmund Merkel zum Verfasser hat. Der Begriff „Schreinergewerbe" ist nicht eng und zünftig ausgelegt, die weitausgedehnte Spezialisierung und Gliederung dieses Gewerbes, die zum Teil bis zur rationellsten Teilarbeit entwickelt ist, hat der Verfasser in weitgehendstem Maße berücksichtigt. Er unterscheidet Gesundheitsschädigungen allgemeiner Natur und solche, die speziell auf die Berufsart im Schreinergewerbe zurückzuführen sind. Zur Verhütung und wirksamen Bekämpfung der ersteren fordert er die Durchführung der allgemein bekannten gewerbehygienischen Maßnahmen: Gutes Licht, gute Luft, entsprechende Heizung, Ventilation, gutes Trinkwasser, besondere Speiseräume, Wasch-, eventuell Badegelegenheiten mit freier Lieferung von Seife und Handtuch, Garderoben und reinliche Aborte mit sorgfältiger Trennung der Geschlechter, genügend häufige und gründliche Reinigung der Arbeitsräume, und zwar auf feuchtem Wege, schließlich noch die persönliche Gesundheit des Arbeiters. Obwohl die Forderungen, die hier erhoben werden, als umfassende nicht zu betrachten sind, offenbaren sie doch, wie weit wir in der Praxis noch von einem wirklichen Gesundheitsschutz entfernt sind. Welche gesundheitlichen Nachteile und Folgen die spezielle Erwerbstätigkeit im Schreinergewerbe mit sich bringt, erörtert der Verfasser sehr deutlich und eindrucksvoll. Es würde zu weit führen, die sehr lehrreiche, 192 Druckseiten umfassende Schrift in ihren Einzelheiten zu verfolgen. Nur einiges sei aus ihr kurz hervorgehoben. Zunächst die Häufigkeit der Erkrankungen der Atmungsorgane durch die enorme Staubentwicklung, deren schlimme Folgen durch die Darstellung des Verfassers erklärlicher werden: „Die Wirkung der spitzen und zackigen Holzstaubteile ist ebenso wie die aller anderen eingeatmeten Fremdkörper. Die Schleimhäute in der Nase werden allmählich mit den eingeatmeten Staubteilchen nicht mehr fertig, die nach außen flimmernden Zellen gehen zugrunde und werden durch platte bindewebige Zellen ersetzt, die für die Ausscheidung des die Nase passierenden Staubes nicht mehr in Betracht kommen. Die Staubteilchen gelangen direkt auf die Bronchialschleimhaut; eine Zeitlang können sie von hier noch ausgehustet werden, sie veranlassen dann durch Verletzungen der Schleimhaut einen Katarrh der Luftwege, welcher einerseits tiefere Schädigungen der Luftwege (Bronchialerweiterungen, chronische Bronchialkatarrhe) verursacht, anderseits damit den Boden für Ansiedlung der Tuberkelbazillen und damit der Schwindsucht schafft."

Eine von Hesse beigefügte Berechnung der Staubmengen, die der Holzarbeiter in schlechtventilierten Betrieben täglich einatmen muß, die aber eher zu niedrig als zu hoch angegeben sind, erklärt mit einem Schlage die bedenklich hohe Zahl der Lungenerkrankungen im Schreinergewerbe. Aber nicht nur die große Zahl der eingeatmeten Staubpartikelchen ist gefährlich, ihre Qualität, die Art des Staubes, ist für die Erkrankung der Atmungsorgane ausschlaggebend. Harte und weiche Holzstaubarten hat der Verfasser auf ihre besondere Beschaffenheit untersucht, einen Unterschied der gefährlichen Spitzen und Kanten konnte er nicht feststellen. Es wäre vielleicht von hohem Interesse gewesen, gleichzeitig auch eine chemische Untersuchung der verschiedenen Holzstaubarten und ihre unterschiedliche Wirkung auf die Atmungsorgane durchzuführen und es nicht allein bei einer mikroskopischen Analyse zu belassen.

Die beigegebenen Statistiken, besonders die der Berufskrankenkassen aus Deutschland, Oesterreich und England, zeigen, daß die Tuberkulose im Schreinerberufe geradezu erschreckend ist. Die Ziffern sind im Vergleich mit anderen Berufen, soweit die Schwindsucht als Todesursache angegeben ist, direkt beängstigend. So ist z. B. die Sterblichkeit im preußischen Staate bei Arbeitern an den Holz- und Schnitzstoffen eine höhere als der allgemeine Durchschnitt mit 10,57 (dagegen hier 14,53). In Oesterreich ist die hohe Sterblichkeit der Schreiner im Vergleich zu anderen Berufsgruppen auffällig hoch; ebenso in England. In Bayern erreichen die Holzarbeiter eine drei- bis viermal höhere Tuberkulosesterblichkeit als die übrige erwerbstätige männliche Bevölkerung (auf 1000 Lebende bei den Holzarbeitern 10,06, für alle Berufe zusammen 3,07 Tuberkulosesterbefälle). Das statistische Material läßt leider keine genauen Vergleiche zu, weil vielfach die an Tuberkulose Erkrankten und Verstorbenen nicht gesondert

*) Sonderabdruck aus der Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege. 47. Band, 1. und 2. Heft. Verlag: Vieweg & Sohn, Braunschweig.

geführt, sondern unter der Rubrik „Infektionskrankheiten" untergebracht sind. Diesen Mangel beklagt auch Dr. Merkel. Dennoch lassen sich Schlüsse daraus ziehen. Z. B. ist in einer Tabelle der Gehilfenkrankenkasse der Tischler aus Wien die Zahl der an Tuberkulose gestorbenen Mitglieder angegeben, die auch auf die Zahl der an Tuberkulose Erkrankten indirekt einen Blick tun läßt. Hier beträgt der Prozentsatz der an Tuberkulose gestorbenen Mitglieder zur Gesamtsterblichkeit bis zu 66,9 Prozent! Aus derselben Zusammenstellung ist ersichtlich, daß das durchschnittliche Lebensalter der in Wien verstorbenen Tischler zwischen 56,8 bis 41,1 Jahren liegt.

Eine Aufmachung der Deutschen Tischlerkrankenkasse zeigt in den ebenerwähnten Punkten ein weniger erschreckendes Bild, indessen dieses günstigere Verhältnis dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Mitglieder der Deutschen Tischlerkrankenkasse zu einem wesentlichen Prozentsatz anderen Berufen zuzuzählen sind. Mehr oder weniger deutlich zeigen alle angeführten statistischen Angaben den ungünstigen Einfluß des Schreinergewerbes auf die Gesundheit.

Zu den weiteren Berufsschäden rechnet Dr. Merkel dann die Skelettveränderungen durch übermäßige Belastung, die Hauterkrankungen, hervorgerufen durch das Polieren, Beizen und durch Verarbeitung giftiger Hölzer. Erkrankungen des Magens, Bleivergiftungen, Erkrankungen der Finger, eitrige Zellgewebsentzündungen, Entstehung des Knieschwammes und vor allem die eminent häufig auftretenden Unfallschädigungen. Mit all den Berufskrankheiten und Schädigungen im Holzgewerbe hat sich unser Verbandsorgan wiederholt und besonders eingehend beschäftigt, in Konferenzen und auf Verbandstagen sind die Fragen des Gesundheits- und Unfallschutzes in der Holzindustrie gewissenhaft behandelt und sozialhygienische Forderungen der umfassendsten Art gestellt worden, die auch in dankenswerter Weise vom Verfasser unterstützt werden.

Nur in einer Frage, der des Unfallschutzes, weicht Dr. Merkel mit einer sehr bedenklichen Begründung von unseren Forderungen ab. Die auf der letzten Maschinenarbeiterkonferenz von Anton Raith erhobene Forderung, Arbeiter vor dem 17. Lebensjahre zur Verhütung von Unfällen an Maschinen überhaupt nicht zu beschäftigen, hält er für verfehlt, weil nach seiner Ansicht auf die gerade in den sogenannten Wachsjahren liegende große Fingerfertigkeit der jungen Leute Wert zu legen sei, die „in Arbeiterklassen so unendlich rasch wieder verlorengeht". (?) Ein recht merkwürdiger und ebenso verfehlter Einwurf gegen die klaren und konsequenten Argumente Raiths, deren Berechtigung bisher unbestritten war. Es ist vielleicht ein Mangel der Schrift, daß sie die rein sozialen Momente der Hygiene zu stiefmütterlich behandelt und den sehr wichtigen Gesichtspunkt außer acht läßt, daß die Hygiene nicht nur ein Zweig der Medizin, sondern in gleich hohem Maße ein soziales Problem ist. Deshalb beginnt auch Dr. Alfons Fischer sein bekanntes Buch der „sozialen Hygiene" mit dem Geleitwort: „Die Hygiene ist als eine soziale Kunst durch soziale Not hervorgerufen, sie muß und wird deshalb immer Sozialhygiene sein, oder sie wird nicht sein." Aber abgesehen von unseren Bemängelungen ist die Schrift wert, in Holzarbeiterkreisen fleißig studiert zu werden. Neben ihrer wissenschaftlichen Bedeutung hat sie auch dauernden Aufklärungswert. In unseren Bibliotheken sollte sie nicht fehlen. E. S.

Die bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft im Jahre 1914.

Der Verwaltungsbericht der bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft ist soeben erschienen und bietet im allgemeinen kein erfreuliches Bild. Daß der Krieg einen wesentlichen Einfluß auch auf die der Berufsgenossenschaft angehörigen Berufszweige ausgeübt hat, ist erklärlich und geht deutlich aus der Lohnsumme hervor, welche von 55 901 166 Mark im Jahre 1913 auf 44 526 734 Mark, also um 11 Millionen im Berichtsjahr gesunken ist. Ebenso ging die Zahl der Beschäftigten von 52 228 im Jahre 1913 auf 40 692 im Jahre 1914 zurück, während sich die Zahl der Betriebe von 10 600 auf 10 710 erhöhte.

Der Bericht betont, daß durch die Einberufung eines technischen Aufsichtsbeamten gleich bei Kriegsbeginn nicht mehr die Revisionen der Betriebe so vorgenommen werden konnten, wie dies ursprünglich geplant war. Trotzdem ist die Zahl der revidierten Betriebe von 2326 im Jahre 1913 auf 2548 im Berichtsjahr gestiegen, wobei der Bericht allerdings hervorhebt, daß eine ansehnliche Zahl der Betriebe ruhte, besonders die Schreinereien. Wenn der Bericht betont, daß in großen Industrien oft mit verkürzter Arbeitszeit, vielfach nur an einem Tage in der Woche gearbeitet wurde, so ist auch hier der Nachweis erbracht, daß der Krieg lähmend auf unsere Industrie gewirkt hat. In den 2548 revidierten Betrieben waren 12 402 Arbeiter beschäftigt. Bei der Zahl der beschäftigten Arbeiter im Jahre 1914, welche 40 692 betrug, bleibt der Berufsgenossenschaft in Zukunft ein sehr großes Arbeitsfeld offen, und wir zweifeln keineswegs, daß es an dem guten Willen nicht fehlt.

Soweit aus den Sitzungsberichten hervorgeht, mußten in 51 Fällen Strafen gegen Arbeitgeber verfügt werden, weil den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften nicht Rechnung getragen wurde, wegen unrichtiger Lohnnachweisungen und Nichtführung von Lohnbüchern. Demnach ergibt sich die Notwendigkeit einer nachhaltigen Revision, und es liegt im Interesse der Genossenschaft selbst, einmal dahin zu gelangen, daß alljährlich sämtliche Betriebe einer Revision unterzogen werden.

Anerkennenswert ist, daß die Berufsgenossenschaft die Mitwirkung der Arbeiter bei den Unfallverhütungsvorschriften richtig einschätzt. Wir sind überzeugt, daß im Laufe der Zeit eine ersprießliche Tätigkeit für beide Teile entstehen wird. Wenn dabei betont wird, daß ein Arbeiter, welcher kaum eine Rolle in der Organisation spielt, sich beharrlich weigerte, mit Schutzvorrichtungen zu arbeiten, so können wir dies nicht glauben. Die Organisation hat bis jetzt kein Mittel unversucht gelassen, Aufklärung auf diesem Gebiete zu schaffen. Unsere Unfallausstellung und die dazugehörigen Vorträge sind zweifellos auch der bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft bekannt. Sollte es dennoch vorgekommen sein, so verurteilen wir ein solches Verhalten eines organisierten Arbeiters aufs entschiedenste.

Daß in vielen Betrieben kein Platz zum Aufbewahren von Verbandzeug vorhanden ist, ist eine bedauerliche Erscheinung, über welche schon seit Jahren geklagt wird. Hier muß von der Berufsgenossenschaft unbedingt gefordert werden, daß den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften in allen Betrieben nachgekommen wird. Wie viele Unfälle würden nicht den schlimmen Verlauf nehmen, wie es so häufig vorkommt, wenn Verbandzeug u. dergl. gleich zur Stelle wären. Es dürfte dies im Interesse der Berufsgenossenschaft und nicht zuletzt im Interesse der Versicherten gelegen sein. Erfreulich ist es, daß in den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften aufgenommen wurde, daß die rotierende runde Messerwelle überall eingeführt werden muß. Die angeblich hohen Kosten, wie sich die Unternehmer dagegen ausdrücken, können keinen Ausschlag geben. Das Leben und die Gesundheit der Versicherten zur Erhaltung der Volkskraft im allgemeinen ist mehr wert als die Kosten, welche die kleinen Umänderungen verursachen, und es darf wohl erwartet werden, daß die Berufsgenossenschaften Sorge tragen, daß innerhalb ihres Bereiches die Vierkantwelle so bald wie möglich verschwindet.

Im Berichtsjahre kamen 2156 Unfälle gegen 2495 im Jahre 1913 zur Anmeldung, darunter 20 Todesfälle gegen 17 im Vorjahre. Warum der Bericht die letztere Ziffer verschweigt, ist unerklärlich, oder scheut sich die Berufsgenossenschaft, diese anzugeben?

Wenn auch die Unfallziffer zurückgegangen ist, so ist keineswegs damit gesagt, daß die Unfallgefahr in der Holzindustrie nachgelassen hat. Im Gegenteil. Die Zahl der Versicherten ist um 11 536 = 22,1 Prozent gesunken, folgedessen sollte auch prozentual die Unfallziffer gesunken sein. Während nun die Zahl der zur Anmeldung gebrachten Unfälle im Jahre 1913 2495 = 4,7 Prozent betrug, stieg diese im Berichtsjahre auf 5,03 Prozent. Der Bericht gibt diese Ziffern nicht bekannt. Zweifellos wäre es berechtigt, zu erfahren, auf welche Ursachen diese erhöhten Unfallziffern wohl zurückzuführen sind. Man wird annehmen dürfen, daß der Krieg auf die erhöhte Unfallziffer eine gewisse Wirkung ausübt, da viele tüchtige, eingearbeitete Versicherte im Felde stehen und an deren Stelle uneingearbeitete und teilweise weibliche Arbeitskräfte gestellt wurden, wie dies jetzt häufig in den Holzwarenfabriken und Sägewerken beobachtet werden kann. Immerhin muß von der Berufsgenossenschaft auch während des Krieges erwartet werden, daß sie es als ihre höchste Aufgabe betrachtet, die Unfallziffern herabzudrücken.

An Entschädigungen an Verletzte waren im Berichtsjahre 817 273,53 Mark gegenüber 873 053,04 Mark im Jahre 1913 zu zahlen. Hiervon treffen 730 036,13 Mark gegenüber 788 947,26 Mark im Jahre 1913 auf Unfälle aus den Vorjahren und 87 237,40 Mark gegenüber 84 105,78 Mark im Jahre 1913 auf Unfälle, welche im Jahre 1914 erstmals zur Auszahlung gelangten. Auch hier tritt die erhöhte Unfallziffer in Erscheinung.

Der Bericht hebt ferner hervor, daß wegen des Kriegszustandes von Rentenminderungen und Einstellung der Renten auf drei Monate völlig abgesehen wurde. Immerhin wurden 821 Einsprüche erhoben, ein Drittel weniger als im Vorjahre. Gegen 737 Endbescheide, mit welchen die Einsprüche als unbegründet erachtet wurden, liefen 470 Berufungen bei den Oberversicherungsämtern ein. Ein neuerlicher Beweis, daß die Versicherten ihre Rechte geschmälert glaubten und sich an die Rechtsinstanzen wandten, welches auch deutlich daraus hervorgeht, wie der Bericht betont, daß bis zum Kriegsausbruch 172 Berufungen mehr eingelegt wurden als im Vorjahre.

Von den 470 angefallenen Berufungen im Jahre 1914 und 73 aus dem Vorjahre übernommenen wurden durch Tod, Zurücknahme usw. 39, durch Abweisung 246, durch Aufhebung des Genossenschaftsbescheides 228 Fälle erledigt, also nahezu die Hälfte der Fälle zugunsten der Versicherten entschieden. Weniger günstig für die Versicherten ist die Rechtsprechung am Königlich Bayerischen Landesversicherungsamt. Von den 70 eingelegten Rekursen der Berufsgenossenschaft wurden in 23 Fällen, von den 66 Rekursen der Versicherten nur 9 Fälle zu ihren Gunsten entschieden. Ob aus diesen Ziffern nicht hervorgeht, daß die Rechtsprechung bei der letzten Instanz sich immer mehr zuungunsten der Versicherten verschlechtert, wollen wir dahingestellt sein lassen. Tatsächlich ist seit Jahren die Beobachtung zu machen, daß sich die Rechtsprechung am Reichsversicherungsamt sowie bei den Landesversicherungsämtern merklich zuungunsten der Versicherten entwickelt.

Alles in allem genommen, zeigt auch dieser Bericht der Berufsgenossenschaft, daß die Versicherten an der Versicherungsgesetzgebung mehr als in früherer Zeit rührigen Anteil nehmen müssen. Nicht umsonst wehren sich die Arbeitgeber dagegen, daß in den Berufsgenossenschaften die Versicherten vertreten sind. Zweifellos ist es eine große Ungerechtigkeit, die Versicherten von der Verwaltung und somit von der Mitarbeit auszuschließen. Der Nachweis ist bei der Kranken- und Invalidenversicherung erbracht, daß die Versicherten objektiv ihren an sie gestellten Verpflichtungen nachkommen. Wenn sich heute die Berufsgenossenschaften gegen die vielen eingelegten Berufungen und Rekurse beklagen — ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht untersucht werden — so mögen sie die Lehre ziehen, Versicherte in die Verwaltung hinzuzuziehen, und das Mißtrauen, das heute noch vielfach gegen die Berufsgenossenschaften besteht, wird verschwinden. M. H.

Ein Jahr Geschoßkorbfabrikation.

pb. Ein Jahr ist jetzt die deutsche Korbindustrie mit der Anfertigung von Geschoßkörben der verschiedensten Arten beschäftigt. Fast die gesamte Arbeiterschaft der deutschen Korbmacherei, einschließlich der großen Zahl kleiner selbständiger Existenzen, ist auf Geschoßkörbe tätig. Außer den gelernten finden heute Tausende ungelernter Männer und Frauen in dieser Branche ihr Brot, so daß große Betriebe mit Hunderten von Beschäftigten vorhanden sind, während sonst die Kleinbetriebe in der Korbmacherei vorherrschend waren.

Auch Industrien, die der Krieg vollständig lahmgelegt hat, haben sich den Kriegsbedarfsartikeln zugewandt, so die Puppen- und Spielwarenindustrie in Thüringen, wo in Fabrikbetrieben und Heimindustrie Hunderte von Personen die Herstellung von Geschoßkörben in ausgeprägtester Teilarbeit betreiben.

Die Frauenarbeit hat seit Beginn des Krieges bei der Geschoßkorbanfertigung einen ungeahnten Umfang angenommen. Es werden heute Frauen auf alle Sorten Geschoßkörbe beschäftigt, selbst die großen 21-cm-Langgranatenkörbe werden von Frauenhänden hergestellt, was vordem jeder Fachmann für unmöglich gehalten hätte. Die Beschäftigung von Frauen in solch großer Zahl wurde durch verschiedene Ursachen bedingt. Einmal fehlten genügend gelernte Kräfte zur rechtzeitigen Bewältigung der erteilten Aufträge, weiter wurde durch die fortlaufenden Einberufungen zum Heeresdienst die Zahl der männlichen Arbeitskräfte geringer, und schließlich hatte das Unternehmertum das größte Interesse daran, durch die Beschäftigung von Frauen die Löhne zu drücken und sich daneben als guter Patriot zu zeigen, der den armen Kriegerfrauen Erwerbsmöglichkeiten verschafft. Nur gar zu oft konnten wir vom Unternehmer hören, daß die Arbeit der Frauen genau so gut und brauchbar sei, wie die der Männer, wenn wir aber den gleichen Lohn für Frauen wie für Männer verlangten, so war es vorbei mit der guten Frauenarbeit. Auf der gleichen Höhe wie die Bezahlung der Frauenarbeit steht die Innehaltung einer geregelten Arbeitszeit. In vielen Orten wird in dieser Beziehung schwer gesündigt. Da werden noch heute, trotzdem die Konjunktur zurückgeht, nicht nur Ueberstunden in der Werkstatt geleistet, es wird sogar Arbeit mit nach Hause genommen und dort bis tief in die Nacht hinein gearbeitet. Leider sind bei diesem Beginnen sogar eine Anzahl alter organisierter Kollegen beteiligt, von denen man annehmen sollte, daß sie begriffen hätten, welche schwere Schädigung ihr Verhalten dem gesamten Gewerbe zufügt. Bei jeder Vereinbarung von Löhnen prahlt dann der Unternehmer, welche Riesenlöhne jetzt sein Arbeiter ausgezahlt bekommen, ohne dabei zu erwähnen, wieviel Nächte resp. Ueberstunden dabei zu Hilfe genommen wurden.

Die Materialbeschaffung in der Geschoßkorbanfertigung ist ebenfalls eine Angelegenheit, die für die Arbeiter der größten Beachtung wert ist. Durch die Abschließung der Grenzen von jedweder Einfuhr ist es zur Unmöglichkeit geworden, noch Rohr nach Deutschland einzuführen. Daher wird alles verfügbare Rohr in den erdenklichsten Zubereitungen verarbeitet, selbst Material, was sonst als Abfall oder minderwertig, also auch billig galt, wird heute verarbeitet. Durch die Zulassung der Weide als brauchbares Material zu jeder Sorte Geschoßkörbe sind die Löhne wieder verändert worden und bedurften allerorts einer Neuregelung. Die Zentralkommission hat nach den neuesten Ermittelungen die folgenden Arbeitslöhne für Weidenkörbe festgestellt:

Körbe für 21-cm-Langgranaten	26×	92 cm	Mk.	2,20	
„ „ 21 cm mit Griffe	26×	42 cm	„	1,40	
„ „ 15-cm-Langgranaten	16×	66 cm	„	1,60	mit Draht
„ „ 15 cm ausschließlich	16×	74 cm	„	1,70	
„ „ 13 cm „	15×	50 cm	„	1,20	
„ „ 13-cm-Schrapnells	15×	58 cm	„	1,40	
„ „ 12-cm-Langgranaten	14×	40 cm	„	1,00	
„ „ 10-cm-Patronen	14×	100 cm	„	2,25	
Munitionskorb C./98. Rumpf			„	2,40	
„ Fächer und Deckel			„	0,53	
„ Bügel			„	0,15	
„ Einbinden			„	0,22	

Die Weidenkörbe sind in ihren Lieferpreisen alle so gestellt, daß die vorstehenden Arbeitslöhne sehr gut gezahlt werden können. Trotzdem versuchen die Unternehmer immer wieder, den Arbeitern die Löhne zu kürzen, und wo die letzteren nicht ganz auf dem Posten sind, gelingt das auch sehr oft, am meisten in solchen Orten, wo die gewerkschaftliche Organisation wenig oder gar nicht vorhanden ist.

Ein besonderer Trick ist von der neugegründeten „Vereinigung der Berliner Geschoßkorbfabrikanten" angewandt worden. Dieser 20 Firmen als Mitglieder zählende Verein hatte für Berlin die Arbeitslöhne für die Geschoßkörbe festgesetzt und diese als Höchstlöhne bezeichnet. Die Arbeiter lehnten diese „Höchstlöhne", die niedriger waren als die bisher gezahlten, ab und verlangten neue Verhandlungen resp. Tarifabschluß. Die nächste Zusammenkunft der Arbeitgeber lehnte jedoch eine nochmalige Verhandlung mit den Arbeitern ab, beließ es bei den „Höchstlöhnen" und verpflichtete jede Firma, „diese Höchstlöhne nicht zu überschreiten"! Aber — — darunterzugehen ist jedem überlassen. Gleichzeitig teilte man diese „Höchstlöhne" als maßgebend der Heeresverwaltung mit.

Selbstverständlich haben die Berliner Korbmacher gegen solche Behandlung ganz energisch protestiert, indem sie die bisher gezahlten Löhne als „Mindestlöhne" erklärten und nun versuchen werden, diese zu erhöhen. Wie schnell, man möchte sagen frivol, Arbeitgeber sich über Lohnreduzierungen hinwegsetzen, davon nur das eine Beispiel, daß sich die Firma Jos. Ludwig in Liegnitz leistet. Herr Ludwig sagt in einer Zuschrift an die Branchenkommission wörtlich: „Ich muß zu meiner Freude konstatieren, daß alle Arbeiter, bis auf einen, die Notwendigkeit meiner Reduzierung eingesehen haben und um so mehr auch fernerhin zufriedengestellt waren, als ich jetzt anstatt 9 Stunden wie bisher, 9½ Stunden arbeiten lasse, wodurch der kleine Lohnausfall gedeckt ist." Vielleicht hat Herr Ludwig noch die große Güte, seine Arbeiter zwölf Stunden täglich oder noch länger zu beschäftigen, dann kann er die Löhne auf die Hälfte reduzieren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Korbindustrie mögen aber an diesem Beispiel erkennen, wie notwendig es ist, alle Vorgänge und Veränderungen genau zu verfolgen, um rechtzeitig Vorsorge zu treffen gegen Lohnreduzierung und sonstige Uebervorteilung.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Geschoßkorbperiode 1914/15 ihren Höhepunkt überschritten hat, da ist es dringend notwendig, die einmal errungene Position zu halten und jede Verschlechterung angesichts der Teuerungsverhältnisse mit Energie abzuweisen. Die Korbmacherei darf nicht wieder ein Elendsberuf werden.

Akkordarbeit in der Bürstenindustrie.

Von einem Kollegen aus der Bürstenindustrie wird uns geschrieben:

Das Organ der Bürstenindustriellen, die „Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kammfabrikation", bringt seit einiger Zeit kleine Aufsätze, die den einzelnen Betrieben Winke erteilen in der Geschäftsleitung und der rationellen Ausnutzung der Arbeitskräfte. In Nr. 22 wird nun in einer kurzen Abhandlung die Lichtseite der Akkordarbeit hervorgehoben. Es ist dies besonders für unsere Kollegen der Bürstenbranche schon deshalb wichtig, weil die Ausbeutung der Arbeitskraft seit jeher nach allen Regeln der Kunst betrieben wird. Es scheint dies dem Artikelschreiber in oben genanntem Blatt noch nicht genügend zu sein, denn er verlangt, daß noch mehr in Akkord gearbeitet werden sollte. Hierbei verdiene der Arbeiter noch mehr als in Stundenlohn. Diese Behauptung ist sehr fragwürdig für alle Betriebe, wo die Akkord- und Zeitlöhne nicht tariflich festgelegt sind, was leider noch meistens in unserem Beruf der Fall ist. Ein bestimmter Grundsatz in der Höhe des Zeitlohnes muß doch immer als Maßstab dienen zur Beurteilung der Akkordlöhne. Es muß also zunächst ein garantierter Zeitlohn vorliegen. Bekanntlich läßt in den seltensten Fällen der Arbeitgeber sich hierzu freiwillig herbei; hier muß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter bestimmend eingreifen. Jedoch weder das letztere, noch daß der Arbeiter selbst über seinen Lohn mitbestimmt, will der Artikelschreiber. Solche Ansichten können in dem Unternehmerorgan auch gar nicht aufkommen; dafür wird aber die Ansicht vertreten, daß der Arbeitgeber mit dem Werkmeister unter Hinzuziehung des Kalkulationsbuchführers den Akkordlohn festsetzt. Was dabei für die Arbeiter herauskommt, wird wohl schon jeder Kollege erfahren haben. Der Unternehmer will viel und billig in kurzer Zeit hergestellt haben, denn hiernach allein richtet sich sein Interesse für den Profit, aber nicht das Interesse für die Arbeiter. Will er das letztere wahrnehmen, dann muß er den Lohn so einstellen, daß der Arbeiter ein erträgliches Leben führen kann, d. h. der Arbeiter muß gesund wohnen, sich gut nähren und kleiden, seinen Körper genügend ausruhen und seine geistigen Fähigkeiten entwickeln können.

Wir sehen in diesen kurzen Andeutungen, daß die beiderseitigen Interessen nicht in Einklang zu bringen sind, wenn der Arbeitgeber die Akkordlöhne allein festsetzt. Daß aber die Arbeitgeber von diesem Standpunkt nicht abgehen wollen, bezeugen uns die täglichen Kämpfe der Arbeiter um höhere Wertung ihrer Ware Arbeitskraft. Was würde ein Bürstenfabrikant wohl für ein Gesicht machen, wenn der Preis einer fertigen Bürste oder eines Pinsels ohne ihn von den Konsumenten festgesetzt würde? Er würde dies mit Recht für einen Wahnsinn erklären. Aber daß ein solcher Wahnsinn gegenüber der Ware Arbeitskraft ständige Gewohnheit ist, das erscheint dem Artikelschreiber der „Z. f. B., P. u. K." als ganz selbstverständlich.

Wie wenig der Arbeiter dabei gefragt wird, zeigt gerade die Kriegszeit. Würden die Unternehmer die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, dann müßte allerorts eine der Teurung entsprechende Erhöhung der Löhne stattfinden. Das Gegenteil aber ist der Fall; man hat in einer Reihe Betrieben, und sogar den Heimarbeitern, die schon vorher so niedrigen Löhne noch mehr herabgesetzt. Für solche Interessenvertretung muß sich die Arbeiterschaft herzlichst bedanken.

In dem Artikel wird dann noch auf die Vorteile hingewiesen, die dadurch entstehen, wenn der Arbeiter mit ein und derselben Arbeit beschäftigt wird, auf die Ersparnis an Raum, Miete und Aufsicht. Daß der Abnehmer der fertigen Arbeit ein verläßlicher Mensch und auch sonst des Vertrauens wert sei, gibt dem Ganzen erst das richtige Gepräge. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die schädlichen Einwirkungen der einseitigen Akkordarbeit hier zu besprechen, aber wir sehen doch, wie rücksichtslos die Unternehmerinteressen verfochten werden. Das wird solange von Erfolg sein, solange die Bürsten- und Pinselarbeiter ihre Gleichgültigkeit nicht abgestreift haben und sich nicht in der Organisation vereinigen. **Denn nur in dieser, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, werden die Interessen der Bürsten- und Pinselarbeiter vertreten.**

H. R.

Soziales.

Invaliden- und Krankenrente für Soldaten.

Von einem Arbeitersekretär wird uns geschrieben:

Neben der Invalidenrente besteht nach der Reichsversicherungsordnung auch ein Anspruch auf Krankenrente. Die Renten müssen gewährt werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Die wesentlichste Voraussetzung ist, daß die Anwartschaft erhalten wurde. Es müssen mindestens 200 Beitragswochen zurückgelegt und die Invalidenquittungskarte muß immer rechtzeitig vor Ablauf von zwei Jahren seit dem Ausstellungsdatum umgetauscht worden sein.

Während bei der Krankenversicherung die Mitgliedschaft mit dem Austreten aus der Beschäftigung erlischt, wenn sie nicht durch die freiwillige Weiterversicherung aufrechterhalten wird, bleibt die Versicherung gegen Invalidität von selbst auch während der Militärdienstzeit in Kraft. Es werden sogar die Wochen der Dienstleistung als Beitragswochen der Lohnklasse 2 angerechnet (Reichsversicherungsordnung § 1393). Der Soldat ist also neben den Ansprüchen auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes auch gegen Invalidität nach der Reichsversicherungsordnung versichert, wenn er vor seiner Einberufung dieser Versicherung bereits unterstanden hat.

Der Militärinvalide kann also neben seiner Mannschaftsversorgung auch Anspruch auf die reichsgesetzliche Invalidenrente erheben, wenn er infolge seiner Kriegsverwundung oder -erkrankung nicht mehr imstande ist, ein Drittel von dem zu verdienen, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung zu verdienen pflegen. Die Gewährung der Invalidenrente setzt voraus, daß die Invalidität eine dauernde ist.

Besonders wichtig für Tausende verwundeter und erkrankter Kriegsteilnehmer ist aber, daß auch der nicht dauernd invalide Versicherte Anspruch auf Rente hat, wenn er während 26 Wochen invalid war. Für die weitere Zeit, also von der 27. Woche ab, muß ihm die sogenannte Krankenrente zugebilligt werden. Die spärliche Anzahl der bei den Versicherungsämtern eingehenden Anträge auf Krankenrente ist Beweis dafür, wie wenig dieser Anspruch bekannt ist und wieviel an Leistungen unsern bedürftigen Soldaten und ihren Familien entgeht. Dabei ist die Zahl derjenigen, die Anspruch auf die Krankenrente haben, sehr groß; die überfüllten Lazarette und Erholungsheime sind Beweis dafür. Es kann die Rente aber nur gewährt werden, wenn Anspruch darauf erhoben wird; geschieht dies nicht, so bleiben die Mittel in den wohlgefüllten Kassen der Landesversicherungsanstalten.

Es sind Zweifel darüber entstanden, bei welchem Versicherungsamt der Anspruch geltend gemacht werden muß. Ob bei dem Versicherungsamt des letzten Wohnortes vor der Einberufung oder bei dem des Garnisonortes oder etwa im Falle von Lazarettbehandlung (die meistens vorliegen dürfte) am Orte des Lazaretts. Nach der Reichsversicherungsordnung ist stets das Versicherungsamt zuständig, in dessen Bezirk der Versicherte zur Zeit des Antrags wohnt. Der Anspruch muß also dort erhoben werden, wo der Antragsteller sich aufhält. Hierbei ist nur nötig, die Invalidenquittungskarte nebst den vorhandenen Aufrechnungsbescheinigungen einzureichen und auch eine Bescheinigung darüber, daß der Antragsteller in der bestimmten Zeit krank und erwerbsunfähig war und es auch über die 26. Woche hinaus noch sein wird oder gewesen ist. Die Bescheinigung wird von dem Lazarett bzw. vom Truppenteil ohne weiteres erteilt.

In allen Fällen, wo es unterlassen ist, die Krankenrente zu fordern, kann dies noch nachträglich geschehen, da die Ansprüche nach § 29 der Reichsversicherungsordnung erst in vier Jahren verjähren. Dabei ist aber zu beachten, daß nach § 1253 der Reichsversicherungsordnung für einen längeren als ein Jahr zurückliegenden Zeitraum Rente nicht mehr gewährt werden kann, es sei denn, daß der Antragsteller durch Verhältnisse, die außerhalb seines Willens liegen, daran gehindert war, den Anspruch zu erheben. Das dürfte bei vielen kriegsverwundeten und gleichzeitig kriegsgefangenen Soldaten der Fall sein. Auch ihnen bleibt der Anspruch erhalten; er muß nur geltend gemacht werden innerhalb der nächsten drei Monate, in denen das Hindernis weggefallen ist. Das Ruhen der Rente wegen Aufenthalts im Ausland kann nicht in Frage kommen, weil dies nach § 1313 der Reichsversicherungsordnung nur in den Fällen eintreten soll, wo der Aufenthalt im Ausland ein freiwilliger ist. Bei Kriegsgefangenen ist das natürlich nicht der Fall.

Selbst wenn die Beträge für Invaliden- und Krankenrente nicht gerade hohe sind, so sind sie doch ein wesentlicher Teil in dieser bedrängten Zeit. Daß die Kenntnis der Ansprüche in die Kreise gelangt, die bisher von ihrem Rechte noch nicht Gebrauch gemacht haben, dazu sollte jeder beitragen. Dadurch hilft man gleichzeitig die Not unserer braven Soldaten und ihrer Familien lindern.

Franz Unterhalt gefallen!

Unter den erschütternden Nachrichten von dem Ehrentod braver Kollegen auf den Schlachtfeldern, die in beängstigender Fülle fast täglich einlaufen, ist wieder eine, die uns besonders schwer trifft. Am 5. August ist auch Franz Unterhalt als ein Opfer des Krieges gefallen. In **Hannover**, wo er früher seinen Wirkungskreis hatte, war er viele Jahre hindurch in unermüdlicher Kleinarbeit für den Verband tätig. Unter anderem versah er etwa sechs Jahre den Posten eines Bezirksleiters und gehörte mehrere Jahre dem Gauvorstand an. Mit dem Jahresbeginn 1912 folgte er der auf ihn gefallenen Wahl für die Stellung eines Lokalbeamten in der Zahlstelle **Danzig**. Hier erwarb er sich durch seinen nie ermüdenden Fleiß, große Begabung und durch sein persönliches Wesen bald allgemeine Achtung auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung. Trotzdem war es ein ebenso undankbarer wie schwieriger Posten, denn dort oben im Osten gibt es viel Neuland mit steinigem Boden zu beackern.

Nur ungern sahen wir den wackeren Pionier im September 1913 seine Stellung im Verband mit einer solchen in der Redaktion des Danziger Parteiblattes vertauschen. Er gab uns das Versprechen, auch fernerhin im Verbande mitzuwirken, soweit es seine Zeit zuließe. Und er blieb uns treu. Als bald nach Kriegsausbruch sein Nachfolger im Verbandsbureau zu den Fahnen eilen mußte, übernahm Franz Unterhalt wieder die Zahlstellengeschäfte, bis auch ihn der Gestellungsbefehl holte. Nun ist er als ein wackerer Kämpfer gefallen, und klagend trauern wir um einen großen Verlust. Erst 37 Jahre alt, hauchte er auf polnischer Heide sein Leben aus.

Was er der Danziger Arbeiterbewegung gewesen ist, das entnehmen wir dem Nachruf, der ihm im dortigen Parteiorgan gewidmet wird: „Aus einem arbeitsreichen Leben riß ihn der Krieg. In einer Stadt wie Danzig bringt der Posten des leitenden Mannes innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen ein vollgerüttelt Maß von Arbeit mit sich. Unterhalt nahm bei seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Danzig die Interessen der Arbeiter mit großem Eifer wahr. Manche Eingabe an die Behörden zeugt davon. Im Holzarbeiter-Verband, im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse, als Beisitzer des Versicherungsamtes, überall widmete er seine freie Zeit und seine Kraft der Sache des Proletariats. Mit der Gattin trauern zwei Söhne von neun und zehn Jahren um den Toten; ein Töchterchen, das während des Krieges geboren ist, wird seinen Vater nie kennen lernen."

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle **Insterburg** wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. September 70 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 35. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat August ist **spätestens** bis zum 2. September an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle versäumt werden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als **verloren** gemeldet und werden hiermit für **ungültig** erklärt:

4177 (Jgdl.) Jos. Bockes, Holzarb., 10. 11. 97 zu Reinhausen.
49087 Georg Holz, Tschl., geb. 5. 2. 79 zu Fürth.
711348 Emanuel König, Tschl., geb. 26. 3. 96 zu Bauerwitz.
737211 Gustav Kober, Rahmenm., 27. 3. 84 zu Bönigheim.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Centralkommission der Korbmacher.

Die Fragebogen für die Löhne der Geschoßkörbe sind von einer ganzen Reihe, zum Teil ganz bedeutender Orte, noch nicht eingegangen. Wir bitten deshalb um sofortige Einsendung an den Unterzeichneten.

Ferner weisen wir darauf hin, daß der Unterzeichnete jederzeit bereit ist, Auskunft über Löhne für alle Sorten Geschoßkörbe zu geben. Da fortwährend Veränderungen in der Geschoßkorbfabrikation eintreten, verändern sich auch die Löhne, und bitten wir in solchem Falle bei dem Unterzeichneten anzufragen.

J. A.: **Paul Brückner**,
Berlin SO. 36, Wienerstr. 38.

Korrespondenzen.

Böhlen. Ein Jahr der schweren Kriegszeit ist nun vorüber und die hiesigen Holzarbeiter hatten in dieser Zeit durch Arbeitslosigkeit ganz erheblich zu leiden. Schon vor Kriegsausbruch war in den beiden Betrieben am Orte schlechter Geschäftsgang und unsere Organisation mußte öfters in Anspruch genommen werden. Wiederholt mußte auch der Gauvorstand eingreifen, als in dem Hettlerschen Betriebe Lohnabzüge und Maßregelungen an der Tagesordnung waren. Leider blieben diese Ereignisse auf die indifferenten Kollegen ohne Einwirkung, und gleichgültig blieb die große Masse. Ja es gab sogar Leute, die sich freuten, wenn der oder jener von unsern agitatorisch tätigen Kollegen aus dem Betriebe hinausgebracht war und sich auswärts Arbeit suchen mußte. Aber als der Krieg einsetzte und beide Betriebe am Orte geschlossen wurden, da zeigte sich, daß auch jene Gehätschelten, jene Zuträger von allerhand Geschichten zu den Kontoren nun ihr Handwerk aufgeben mußten. Ach, so mancher dieser Helden, der früher lieb Kind im Geschäft war, mußte nun auch nach auswärts mit Stock und Rucksack walzen, um Arbeit zu suchen, wo man nur welche finden kann. Und da ist es erwähnenswert, noch einmal darauf hinzuweisen, als im Jahre 1908 unsere organisierten Kollegen in Böhlen um eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde in einen Lohnkampf eintraten, daß infolge des großen Indifferentismus der Kollegen dieser Kampf verloren ging. Eine große Anzahl dachte eben, zeitlebens die Gnade zu genießen, im Betriebe und am Orte zu verbleiben. Aber wie haben die Verhältnisse in dem Kriegsjahre sich geändert! Wie viele sind aus der Familie fortgerissen, stehen vor dem Feinde oder in der Garnison, und welche Zukunft harrt ihrer? Wenn einst die Friedensglocken läuten und die Heimkehr der Berufskollegen erfolgt, dann werden wir noch schlechtere Zeiten durchleben müssen als gegenwärtig. Denn die jetzt daniederliegende Industrie wird nicht so schnell wieder aufleben, um allen eine sichere Existenz zu ermöglichen; es wird sich dann zeigen, daß unsere Organisation, der Deutsche Holzarbeiter-Verband, ein mächtiger Faktor und eine segensreiche Einrichtung der Berufskollegen ist. Es soll hier nicht erwähnt werden, was im verflossenen Kriegsjahr unsere Organisation am Orte geleistet hat, das wissen die hiesigen Verbandskollegen und die Frauen unserer Kollegen im Felde am besten zu schätzen, und wir dürfen uns sicher der Erwartung hingeben, daß unsere Kollegen, sobald sie aus dem Felde heimkehren, mit Mut und Energie für die Ausbreitung des Gewerkschaftsproblems wirken werden. Für die Daheimgebliebenen aber ist es jetzt die heiligste Pflicht, erst recht die Organisation zu stützen durch stete Agitation unter den noch fernstehenden Berufskollegen. Holzarbeiter Böhlens, nehmt euch ein Vorbild an dem gesunden Geist, der zur Stunde bei den Kollegen in **Mellenbach** vorhanden ist! Werbet mit Fleiß und Ausdauer für die Organisation und wahret ihr die Treue!

Glogau. Unsere Kollegen haben unter den Kriegswirkungen sehr zu leiden. Von etwa 170 in Friedenszeit Beschäftigten sind es heute nur noch 52 in 14 Betrieben. Einige Arbeitgeber benützen den schlechten Geschäftsgang noch zur Lohndrückerei, nur die Möbelfabrik Schulz hat ihren Tischlern eine Teuerungszulage von 3 Mk. pro Woche gewährt. Stark beeinträchtigt wird unsere Lage noch dadurch, daß unsere Zahlstelle von auswärtigen Tischlern überlaufen wird, darunter zum Teil organisierte, die es nicht für notwendig halten, sich bei der hiesigen Verwaltung zu melden; sie bezahlen ihre Beiträge nach dem früheren Arbeitsort. So finden wir hier Löhne von 30 und 32 Pf. für ältere Tischler, der Höchstlohn steht bei Röritz und obengenannter Firma auf 44 Pf. Die Lebensmittel sind fast unerschwinglich; so zahlen wir für Butter 4,20 Mk. und Fleisch 3,60 Mk. für das Kilogramm. Aber unsere Kollegen stehen dem gleichgültig gegenüber, in der Werkstatt, schimpfen sie über schlechte Entlohnung, aber Versammlungen, wo gemeinsam beraten werden und man sich gegenseitig verständigen könnte, können wegen zu schwachen Besuches überhaupt nicht abgehalten werden. Von den in Friedenszeit zahlenden 80 Mitgliedern sind bis jetzt 55 zum Heeresdienst eingezogen, davon bereits acht als gefallen gemeldet. Von den 52 hier noch Beschäftigten sind 30 organisiert. Darum Kollegen, wollt ihr, daß bessere Zustände eintreten, so besucht regelmäßig die Versammlungen und sorgt vor allen Dingen mit dafür, daß wir die uns noch Fernstehenden der Organisation zuführen; denn nur vereinte Kraft führt zum Ziel. Die nach hier reisenden Kollegen ersuchen wir, unter allen Umständen, sich zuvor Auskunft bei dem Bevollmächtigten Paul Rochau, Kirchstr. 4, Hof I, zu holen.

Lauf. Der furchtbare Weltkrieg ist an unserer Zahlstelle nicht spurlos vorübergegangen. Am 1. August 1914 hatten wir 180 männliche und 100 weibliche Mitglieder, doch nach einem Jahr konnten wir nur noch 80 Mitglieder zählen. 150 Kollegen sind schon zu den Fahnen einberufen und sechs von ihnen haben leider schon den Heldentod gefunden. Eine Anzahl Kollegen aber hat es nicht für nötig befunden, den Pflichten gegen den Verband weiter nachzukommen und ist ausgetreten. Sie haben wohl gedacht, die Organisation hätte jetzt ein Ende. Aus Zeitungsberichten ist zu lesen, daß jetzt in anderen Orten viele Unternehmer Teuerungszulagen bewilligen. Aber hier in Lauf hat das noch keine Nachahmung gefunden, obwohl hier einige Betriebe gutlohnende Kriegsartikel anfertigen. Die Unternehmer klagen, daß sie so viel in Anspruch genommen wären mit Liebesgaben, Beiträgen für das Rote Kreuz usw. Wenn die hiesigen Kollegen nur etwas energischer ihre Interessen vertreten und sich vollzählig im Verband vereinigen würden, dann könnte auch ihre Lage wohl aufgebessert werden. — Am Dienstag, den 31. August, abends 8 Uhr, findet nun ein Lichtbildervortrag statt, zu dem hoffentlich alle Kollegen erscheinen werden.

Teurungszulagen.

Durch die Teurung auf allen Gebieten der Lebenshaltung veranlaßt, haben sich die Vorstände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Holzgewerbe der Städte Hannover-Linden zusammengefunden, um die Lage eingehend zu beraten.

Wie die übrigen Gewerbe, so sind auch sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß Lieferungen zu den alten Preisen nicht mehr zu machen sind, da in

Hannover-Linden nach den Zeitungsberichten im Deutschen Reiche fast die höchsten Preise für Fleisch, Gemüse und selbst für Kartoffeln gezahlt werden. Unsere Kollegen sind daher an die Arbeitgeber mit dem Ersuchen um einen Teurungszuschlag herangetreten, unter dem Hinweis darauf, daß auch die Behörden den Unterbeamten einen Zuschlag bewilligt hätten.

In einer gemeinsamen Verhandlung zwischen den Zwangsinnungen der Tischler in Hannover-Linden und dem Arbeitgeberschutzverband mit unserer Zahlstelle Hannover ist daraufhin der Beschluß zustandegekommen, unseren Kollegen ab 1. September d. J. eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde zu gewähren, während andererseits unter der Begründung der allgemein verteuerten Produktionskosten ein gemeinsamer Aufruf an die Staats-, Provinzial- und Stadtbehörden wie an die privaten Auftraggeber gerichtet wird, einen Teurungszuschlag von zehn Prozent auf die jetzigen Preise anerkennen zu wollen, und zwar vom 1. September d. J. an auf alle Erzeugnisse des Holzgewerbes.

Mit der Firma C. W. Neumann, Magdeburg-Buckau, ist ein Nachtrag zu dem bestehenden Vertrag vereinbart worden, welcher besagt:

Sämtlichen verheirateten und verwitweten Arbeitern, welche mindestens eine Woche bei der Firma beschäftigt sind, wird vom 11. Juni 1915 ab zu den zurzeitigen Lohnsätzen eine wöchentliche Teurungszulage von 2 Mk. gewährt. Die Unverheirateten erhalten, sofern sie mindestens eine Woche im Betrieb beschäftigt sind, ebenfalls zu den zurzeitigen Lohnsätzen eine wöchentliche Zulage von 1,50 Mk. Für diese Verbesserungen kommen in Frage 44 Kollegen mit 2 Mk. und 6 Kollegen mit 1,50 Mk.

Weitere Teurungszulagen wurden gewährt: Buckauer Maschinenfabrik 30 Mann 1,50 bis 3 Mk. — Pantinenhölzerfabrik H. Fritsch Nachf. 8 Mann 1 bis 2 Mk. — Modellfabrik Küchler 55 Mann 1 bis 1,50 Mk. — Bürstenholzfabrik O. Oelze 8 Mann je 2 Mk.

Die Stielfabrik von Schmalz in Nordhausen hat zu den bereits in Nummer 21 der Holzarbeiter-Zeitung gewährten Verbesserungen jetzt eine weitere von 1 Mk. die Woche bewilligt, die auch die Akkordarbeiter erhalten. Ferner wurden einige Akkordsätze aufgebessert.

Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eiserne Kreuz ist nach Mitteilungen, die uns in den beiden letzten Wochen zugingen, folgenden Kollegen verliehen worden: Franz Günther, Schiffsbauer aus Aken; Richard Mittag, Tischler, Alfred Ruppel, Tischler, Alfred Sahm, Schirmmacher, alle drei aus Breslau; Gustav Stübner aus Görlitz (wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert); Karl Karbstein, Tischler aus Langenöls (wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert); Gustav Naumann, Korbmacher, früherer Bevollmächtigter der Zahlstelle Mühlberg; Georg Schmitt, Tischler aus Mülhausen i. E. (ist inzwischen gefallen); Hugo Teichmann aus Pößneck; Hans Kalinowski, Tischler aus Rostock (wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert, ist aber inzwischen gefallen); Karl Ziegler, Maschinenarbeiter aus Stuttgart, Rudolf Born aus Swinemünde; Eduard Müller, Karl Bertel, beide aus Zeulenroda (letzterem wurde vordem die Verdienstmedaille verliehen).

Der Kollege Ernst Quellmalz, Knopfmacher aus Schmölln, der früher schon das Eiserne Kreuz 2. Klasse sowie die Altenburgische Tapferkeitsmedaille erhielt und zum Unteroffizier befördert wurde, ist jetzt mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. Paul Wenzler, Schreiner aus Spaichingen, erhielt die Silberne Verdienstmedaille, Karl Hermsdorf aus Mittweida die Friedrich-August-Medaille und Martin Kimmich, Kassierer der Zahlstelle Tuttlingen, die Tapferkeitsmedaille. Die Kollegen Wilhelm Gericke, Bevollmächtigter der Zahlstelle Leipzig, und Karl Reppin aus Swinemünde wurden zu Unteroffizieren befördert.

Gegen den Lebensmittelwucher.

Die Bundesratsverordnungen gegen den Wucher sind nun schon eine Reihe von Wochen in Kraft, ohne daß eine Wirkung deutlich erkennbar wäre. Man muß anerkennen, daß zahlreiche Stadt- und Gemeindeverwaltungen energische Versuche machen, dem schamlosen Treiben auf dem Lebensmittelmarkt entgegenzutreten. Sie befinden sich dabei aber in einer Zwangslage, die ihre Entschlußkraft lähmt. Wenn nämlich in einem Ort wirklich durchgreifende Maßnahmen beschlossen werden, so steht zu befürchten, daß sie damit die Waren aus dem Ort vertreiben. Der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages legt denn auch entschieden Verwahrung ein gegen den „von amtlichen und nichtamtlichen Stellen jetzt vielfach unternommenen Versuch, die Städte für die hohen Preise und die sonstigen Schwierigkeiten des Nahrungsmittelmarktes verantwortlich zu machen". In derselben Entschließung wird darauf verwiesen, daß nur einheitliche Maßnahmen für das Reich helfen könnten, da Deutschland ein einheitliches Wirtschaftsgebiet sei. Man braucht keineswegs die Auffassung teilen, als ob die Gemeinden bereits auf diesem Gebiete alles getan hätten, wozu sie bei gutem Willen imstande wären, so wird man doch zugeben müssen, daß sie allein das Problem nicht lösen können. Sie können im wesentlichen nur den Kleinhandel treffen, während die Urquelle des Uebels bei den Produzenten und dem Großhandel liegt.

Darum sind weitere schleunige „Maßnahmen der Reichsregierung durchaus nötig. Der eben zusammengetretene Reichstag darf nicht auseinandergehen, ohne in dieser Beziehung positive Arbeit geleistet zu haben. Von sozialdemokratischer Seite sind folgende Anträge gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. schleunigst eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung beim Bundesrat zu schaffen, unter Hinzuziehung eines Beirats, der aus vom Reichstage ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralstelle erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen.
2. Die mit der Preisfeststellung der Lebensmittel betrauten Kommunalverbände erhalten die Befugnis, von den bei der Bildung der Preise beteiligten Produzenten, Groß- und Kleinhändlern über die der Preisbildung zugrunde liegenden Tatsachen sowie von den Verbrauchern über ihre Vorräte Auskunft zu fordern. Verweigerung der Auskunft oder unrichtige Angaben sind unter Strafe zu stellen.
3. Für das in § 1 der Verordnung des Bundesrats gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 vorgesehene Verfahren der Uebertragung des Eigentums von Gegenständen des täglichen Bedarfs sind neben den von der Landeszentralbehörde bezeichneten anderen Organen die Kommunalbehörden befugt.
4. Dafür zu sorgen, daß eine Herabsetzung der Getreidepreise und eine entsprechend niedrige Festsetzung von Mehlhöchstpreisen stattfindet;
5. daß für Kartoffeln eine ähnliche Verteilungsorganisation geschaffen wird wie für Brotgetreide und der Zentralstelle für Lebensmittelversorgung unterstellt wird, wobei die Aufbewahrung der beschlagnahmten Mengen zum größten Teil den Verbrauchern überlassen werden kann;
6. daß Höchstpreise mit Anpassung an die Preise der letzten Jahre vor dem Krieg an die Produktionskosten, aber auch an die Zahlungsfähigkeit der minderbemittelten Bevölkerung mindestens für Fleisch, Milch, Fette, Hülsenfrüchte, Gemüse und Obst festgesetzt und den Gemeinden eine Hilfsorganisation zum Kauf dieser Gegenstände erleichtert wird.

Gewerkschaftliches.

Keine Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftssekretariats. Wir haben in letzter Nummer eingehend die Bestrebungen englischer und französischer Gewerkschaften geschildert, die auf eine Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftssekretariats abzielen. Wie nun das Wolffsche Telegraphenbureau mitteilt, haben die am 14. August in Paris weilenden Delegierten der englischen Trade Unions mit Mitgliedern der Conföderation Generale du Travail beschlossen, das Internationale Bureau von Berlin nach Bern zu verlegen. Dieser Beschluß ist natürlich nichts anderes als eine leere Demonstration. Das Recht, über die Sitzverlegung zu beschließen, steht nur der Gesamtheit der der Internationalen angeschlossenen Landesorganisationen zu. Der Beschluß wirkt um so merkwürdiger, als selbst die Schweizer Gewerkschaften die ihnen zugedachte Rolle abgelehnt und sich gegen den Plan einer Verlegung des Bureaus aus Deutschland erklärt haben.

Der Redakteur der „Ameise" vom Porzellanarbeiter-Verband, Karl Eberhardt, ist als ein Opfer des Krieges im Osten gefallen. Beim Uebergang über den Narew traf ihn die russische Kugel. Seit dem August 1912 hatte er die Redaktion der „Ameise" versehen, war aber vorher schon viele Jahre hervorragend im Porzellanarbeiter-Verband tätig gewesen.

Gestorbene Mitglieder.

Georg Schlick, Drechsler, 47 Jahre alt, gest. in Nürnberg.
Michael Huber, Mühlenbauer, 67 J. alt, gest. in Nürnberg.
August Hultsch, Stellmacher, 50 Jahre alt, gest. in Bautzen.
Alfr. Rosenkranz, Tischler, 38 Jahre alt, gest. in Eilenburg.
Albin Krause, Stellmacher, 32 Jahre alt, gest. in Gotha.

Ehre ihrem Andenken.

Gotha. Unser Arbeitsnachweis ist eröffnet und befindet sich im „Volkshaus zum Mohren", Mohrenstraße 18. Die Kollegen werden ersucht, nur diesen zu benutzen.

Ludwig Parey, Korbmacher, sende sofort deine Adresse an Korbmachermeister Jos. Plaaß in Weddewarde bei Eckwarden.

10 tücht. ältere militärfreie **Möbeltischler** auf Speise- und Herrenzimmer und 1 **Fräser** sofort für dauernd gesucht.
Rich. Elze, Hübener & Co., Dessau, Kunstgewerbliche Möbelfabrik.

Tücht. **Schreiner** auf Sofagestelle u. bessere Garnituren gesucht, bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung.
Jakoby & Reimann, **Essen-Ruhr,** Luisenstraße 8.

Tüchtige **Tischlergesellen** a. eichene **Möbel** bei **dauernder** Arbeit ges., mögl. militärfrei.
R. Winkler, Möbelfabr., **Stargard** (Meckb.).

Tüchtige Bautischler
stellt sofort ein **O. Schneider,**
Großwirschleben (Bez. Magdeburg).

Möbeltischler auf bessere furnierte Arbeiten finden dauernde Beschäftigung.
Möbelfabrik **Clemens Schmidt, Bautzen.**

Erfahrener **Fräser** für nur bessere Sitzmöbel, der in Stuhlfabriken gearbeitet hat, findet dauernde Beschäftigung bei
J. Sommer & Co., Düsseldorf
Derendorferstr. 36/38.

Mehrere erfahrene
Stuhlbauer
für nur bessere Arbeit finden dauernde Beschäftigung bei
J. Sommer & Co., Düsseldorf
Derendorferstr. 36/38.

10 Korbmacher
tücht. u. saubere Arbeiter, auf **Peddigrohrmöbel** sof. ges. Hoher Akkordl. mit 10 Proz. Kriegszuschlag. **Max Poppel,** **Dresden-A.,** Zöllnerstr. 5.

3 Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein **Gottfried Wolle, Bergen a. Rügen.**

1 Korbmacher auf Mattarbeit (Pflanzenkörbe) gesucht.
H. Riemann, Korbmachermeister, **Artlenburg** a. Elbe (Prov. Hannover).

Fünf **Korbmacher** auf Fischkörbe für sofort gesucht. **R. Krowas,** Tenever b. Bremen (Station Mahndorf).

5 Korbmacher bei erhöhten Löhnen auf Mattarbeit ges. Gutes Material vorhanden.
Helene Paul, Altdamm b. Stettin.

Stelle für sofort noch einige tüchtige **Korbmacher** auf Ballonkörbe für dauernd ein.
Herm. Meyer, Eystrup a. Weser.

Korbmacher
auf Geschoßkörbe gesucht.
Gebr. Wolff, Bernburg.

Korbmacher
auf Grüngeschlagen und Mattarbeit stellt bei gutem Lohn für dauernd ein
Fr. Ulrich, Perleberg.

Eingelegte Furniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 30 Pfennig in Briefmarken
Zahlreiche Anerkennungsschreiben
E. Biller, Marqueteur, **Heidelberg**
Theater-Strasse 7.

Ballonkörbe billig abzugeben.
Faßreifenfabrik Bötel, Hamburg 8.

Werkzeug-Neuheiten
jeder Art. Jeder verlange sof. gratis u. fr. Preislisten von
Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelner Strasse 31.

Tornister-Wörterbücher.
Herausgegeben unter Mitarbeit von Offizieren des Großen Generalstabs.
Mit genauer Angabe der Aussprache und einer Anzahl mustergültiger Gespräche, auf den Kriegsdienst passend.
Französisch · Russisch
Polnisch · Englisch
:: Bequemes Taschenformat. ::
Abwaschbarer Leineneinband.
Jeder Band (ca. 160 Seiten) **nur 60 Pf.**
Bei Voreinsendung des Betrages erfolgt portofreie Zusendung durch die
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H. · Berlin SO. 16.

Billige Werke über Tischlerarbeiten.
I. Materialien, Handwerkszeuge, Maschinen, Einzelverbindungen, Fußböden, Fenster, Fensterladen, Treppen, Aborte von Professor E. Viehweger. Mit 628 Fig. auf 75 Tafeln. In Leinen gebd. 90 Pf.
II. Türe und Tore, Anordnung und Konstruktion Haustüren, Tore, Balkontüren, Flurtüren. Mit 296 Figuren auf 105 Tafeln. In Leinen gebd. 90 Pf.
III. Innere Türen, Pendeltüren, Schiebetüren, Drehtüren, Wandverkleidungen, Decken. Mit 323 Fig. auf 98 Tafeln. In Leinen gebd. 90 Pf.

Die Werkzeugmaschinen für Holzbearbeitung von Prof. Herm. Wilda. Mit 117 Abbildungen. In Leinen gebd. 90 Pf.
Das Holz. Aufbau, Eigenschaften und Verwendung von Prof. Herm. Wilda. Mit 33 Abbildungen. In Leinen gebd. 90 Pf.

Bei vorheriger Einsendung des Betrages erfolgt portofreie Zusendung durch die
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. ::: Berlin SO. 16.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 14. August, bis Freitag, 20. August 1915.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	34	—	148	101	6	193	51	—	80	41	—	68	5	—	13	144	—	192	376	6	694
Bremen	13	1	4	2	8	1	4	4	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	20	13	7
Breslau	2	2	14	9	9	9	1	1	1	—	—	3	—	—	—	—	—	2	12	12	29
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eilenburg	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	1	—	40
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	19	—	58	8	—	16	1	—	6	1	—	4	—	—	—	—	—	4	29	—	88
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	4	—	47	14	—	102	5	—	26	6	—	8	—	—	5	1	—	17	30	—	205
Lübeck	3	—	2	3	—	3	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	6	—	6
Zusammen	75	3	273	138	23	324	62	5	113	49	—	85	5	—	18	145	—	256	474	31	1069
Vor. Woche	79	7	297	126	16	358	51	—	126	38	2	90	4	—	19	140	—	265	438	25	1155

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.